

Stand: 17.05.2024 06:48:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18344

"Lehramt attraktiver und gleichwertig gestalten - unabhängig von der Schulart"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18344 vom 14.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18356 vom 14.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 14.10.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann und Fraktion (FDP)**

Lehramt attraktiver und gleichwertig gestalten – unabhängig von der Schulart

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine umfassende Reform der Ausbildung, Anstellung und Bezahlung von Lehrkräften zu entwickeln und das Lehramt unabhängig von der Schulart attraktiver und gleichwertig zu gestalten.

Dabei soll insbesondere vor dem Hintergrund des akuten Lehrkräftemangels an Grund- und Mittelschulen die Anhebung des Besoldungsniveaus auf A 13 nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit folgenden Punkten vorgesehen werden:

- die außerordentlich gestiegenen Herausforderungen an den Grund- und Mittelschulen durch eine wahrnehmbar heterogenere Schüler- und Elternschaft – diese sollten in der Lehrerausbildung stärker berücksichtigt werden;
- die daraus ebenfalls folgenden Finanzierungsbedarfe je Schüler und Schule, z. B. zur besseren Bezahlung von Lehrkräften oder dem Einsatz von multiprofessionellen Teams;
- die im Schulartenvergleich als ungerecht wahrgenommenen Gehaltslevel und die eingeschränkten Aufstiegschancen – herausragender Einsatz, besondere Eignung und wertvolle Zusatzqualifikationen müssen sich auch hier stärker niederschlagen.

Begründung:

Die Schülerschaft setzt sich insbesondere an den Grund- und Mittelschulen zunehmend aus Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen zusammen. Das damit einhergehende Leistungsprofil von Lehrkräften erweitert sich dadurch bei in der Regel gleichbleibender Ressourcenlage. Vor diesem Hintergrund sind die Beurteilungsrichtlinien für Lehrkräfte zum einen, aber auch das Bayerische Besoldungsgesetz zum anderen hinter den Möglichkeiten einer fairen, attraktiven und vergleichbaren Lohngestaltung zurückgeblieben. So sollten zukünftig Schwankungen im Gehaltslevel von Lehrerinnen und Lehrern weniger der Zugehörigkeit zu einer Schulart, sondern vielmehr dem tatsächlich abgerufenen Leistungspotential sowie der individuellen Eignung als auch dem persönlichen Einsatz der Lehrkräfte im Schulalltag zuzurechnen sein. Die Anpassung der Einstiegsbesoldung für Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen auf A 13 muss daher im Rahmen einer umfassenden Reform erfolgen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/18344

Lehramt attraktiver und gleichwertig gestalten – unabhängig von der Schulart

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Toni Schuberl

Abg. Richard Graupner

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Maximilian Deisenhofer

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Albert Füracker

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt nun zum gemeinsamen Aufruf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

A 13 für alle - Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich angemessen bezahlen
(Drs. 18/18258)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Lehramt attraktiver und gleichwertig gestalten - unabhängig von der Schulart
(Drs. 18/18344)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Tasdelen, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Es ist höchste Zeit: Einheitliches Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen! (Drs. 18/18345)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Anna Schwamberger das Wort. Frau Schwamberger, bitte schön.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie alle einmal in ein Klassenzimmer einer bayerischen Grund- oder Mittelschule entführen. Wenn man durch die Reihen geht, trifft man die unterschiedlichsten Kinder: Sabine hat eine Lese-Rechtschreib-Schwäche. Johannes hat ADHS und ist auf Medikamente angewiesen. Tim und Lisa sind schwach in Englisch. Luis hat ein Hörgerät. Neben Tina sitzt ihre Schulbegleiterin. Pavel und Lisa können noch nicht richtig Deutsch. Ja und Anika? – Anika ist langweilig, weil ihr alles zu langsam geht. Ganz nebenbei kämpft die Lehrkraft mit dem neuen iPad, der digitalen Tafel

und der Parallelklasse, die sie auch noch beaufsichtigen muss. Wann die Mobile Reserve zuletzt lebend gesehen wurde, weiß an bayerischen Mittelschulen niemand.

Sie sehen: Unsere Klassenzimmer sind Orte der Vielfalt. Das Unterrichten von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichsten Begabungen, Lebenswelten, Lernwegen und Unterstützungsbedarf ist Alltag für unsere Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen. Ich bin froh, dass unsere Lehrkräfte jede zusätzliche Aufgabe, die wir ihnen auftragen, mit Bravour meistern. Die Arbeit ist herausfordernd und anspruchsvoll, und trotzdem verdienen unsere Grund- und Mittelschullehrkräfte immer noch deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen an Realschulen und Gymnasien.

Gestern erst konnte man in einer Pressemitteilung des Ministeriums lesen, dass die Mittelschulen eine tragende Säule unseres Bildungssystems sind. Ja, das sind sie. In erster Linie aber wegen der hervorragenden Arbeit unserer Lehrkräfte. Liebe CSU und FREIE WÄHLER, Sie schätzen die wertvolle Arbeit der Grund- und Mittelschullehrkräfte. Sie überhäufen die Lehrerinnen und Lehrer mit prächtigen Worthülsen. Ganz ehrlich: Davon kann sich niemand eine Scheibe Brot kaufen. Wertschätzen Sie die Arbeit doch ehrlich, indem Sie die Besoldung der Lehrkräfte endlich auf A 13 anpassen! Das wäre ein wirkliches Zeichen der Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welchen der beiden Jobs würden Sie wählen: Den mit 23 Pflichtunterrichtsstunden pro Woche plus Vorbereitung oder den mit 28 Pflichtunterrichtsstunden pro Woche plus Vorbereitung und mit geringeren Aufstiegschancen und schlechteren Arbeitsbedingungen? – Doch wohl den besser bezahlten mit weniger Unterrichtspflichtzeit. Zur Steigerung der Attraktivität trägt eine Lücke von rund 600 Euro monatlich definitiv nicht bei. Gerade jetzt brauchen wir jede Grund- und Mittelschullehrkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, auch wir sehen, dass neue Studienplätze für das Grundschullehramt geschaffen wurden und dass die Zweitqualifizierung immer noch angeboten wird. Sie ist auch immer noch notwendig, aber die Nachfrage sinkt. Seien wir doch einmal ehrlich: A 13 ist ein Baustein, um den Lehrberuf attraktiver zu gestalten und die Umschulungswilligen zu halten.

Sie haben allerdings keinerlei Ideen, um gerade das Grundschullehramt attraktiver zu gestalten. Dem Mangel in der Schullart begegnen Sie mit Warten. Sie warten darauf, dass wir zu viele Lehrkräfte für die Grundschule ausgebildet haben und diese wie beliebige Verschiebungsmasse in die Mittelschulen schicken können. Das hat die Mittelschule nicht verdient, und das haben die Lehrkräfte nicht verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Minister, haben doch erkannt, dass wir die Besoldung der Grund- und Mittelschullehrkräfte anpassen müssen. Sie von den FREIEN WÄHLERN haben doch immer das Motto: Nicht reden, sondern machen! In diesem Fall möchte ich Taten sehen. Wir sind es unseren Lehrkräften nämlich schuldig, dass wir ihre wertvolle Arbeit endlich auch finanziell anerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Schwamberger, vielen Dank für Ihren Beitrag. – Der nächste Redner ist der Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Fischbach. – Halt! Das Rednerpult wird noch gesäubert. Eigentlich hatten wir gehofft, dass das ab Herbst nicht mehr nötig sein wird. Aber zu dieser Zeit ist es noch so. Vielen Dank an unsere Offiziantinnen und Offizianten für diesen Dienst.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Schularten und die einzelnen Schulen in Bayern unterscheiden sich. Das ist auch grundsätzlich gut so. Es gibt aber etwas, das sich nicht unterscheiden sollte: Gute Lehrerleistungen verdienen überall die volle Anerkennung. Wir brauchen gleichwertige Arbeitsverhältnisse in unseren Schulen in Bayern, und zwar in allen Schularten.

Wenn wir sehen, was an den Grund- und Mittelschulen passiert, dann merken wir: Es gibt einen akuten Lehrermangel. Das Angebot und die Nachfrage zeigen uns sehr deutlich, dass sich etwas tun muss. Ich sage das ganz besonders vor dem folgenden Hintergrund: An Grund- und Mittelschulen nehmen die Unterschiede zwischen den Schülerinnen und Schülern zu. Wir haben zum Teil ganz unterschiedliche Lernvoraussetzungen. Auch gerade das Elternhaus und die Elternarbeit werden immer herausfordernder für die Lehrkräfte. Nicht zuletzt haben wir von Schule zu Schule ganz andere Arbeitsbedingungen.

In diesem heterogenen Umfeld leisten die einzelnen Lehrkräfte Herausragendes. Dafür verdienen sie unsere volle Anerkennung. Wenn jemand über den normalen Unterricht hinaus in allen Lebenslagen Ansprechpartner ist, wenn jemand eine Vorbildrolle einnimmt, dann verdient das auch Respekt. Zwar sieht das Bayerische Besoldungsgesetz dafür Leistungsprämien vor, wenn man sich allerdings den zugehörigen Haushaltstopf ansieht, dann bleiben pro Kopf und Jahr für eine Lehrkraft gerade einmal rund 50 Euro übrig. Das ist keine Anerkennung, das sind Almosen! Deshalb haben wir Freie Demokraten schon in den Haushaltsverhandlungen eine Vervielfachung der zur Verfügung stehenden Mittel gefordert. Besondere Leistungen verdienen besondere Anerkennung.

Das ist nur der erste Aspekt des Reformbedarfs; denn wir müssen das Lehramt insgesamt attraktiver gestalten. Dazu gehört für mich die generelle Anhebung der Entlohnung an Grund- und Mittelschulen. Das muss auf einer grundlegend anderen Finanzierungsbasis mit mehr Eigenverantwortung geschehen, damit die Schulen zu den

Schülern passende multiprofessionelle Teams bilden können. Diesbezüglich passiert noch viel zu wenig.

Es ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, dass jetzt mehr Beförderungsämtler geschaffen wurden, aber dieser Weg muss auch konsequent weitergegangen werden. Es braucht neue Laufbahnkonzepte im Lehramt und auch eine bessere Anerkennung von Führungsaufgaben. Je länger eine Lehrerkarriere geht, desto weniger darf es entscheidend und ausschlaggebend sein, wie lange die Ausbildung gedauert hat. Umso mehr müssen die eigene Motivation und das, was eine Lehrkraft bei den Schülern erreicht und wie sie die Schüler vorangebracht hat, zählen.

Unsere Vorstellung von einem modernen Schulsystem lautet: Wer andere vorwärtsbringt, der muss auch selbst vorankommen. Last but not least: Ja, dazu gehört auch das Einstiegslevel A 13. Das Einstiegslevel muss bei den Grund- und Mittelschullehrkräften erhöht werden, weil große Themen wie Integration und Inklusion an Grund- und Mittelschulen noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen haben. Allerdings darf man dies nicht isoliert vornehmen, sondern es muss gemeinsam mit einer Reform der Lehrerausbildung vonstattengehen, die auf diese Herausforderungen vorbereitet. Das heißt, im Studium muss noch einmal ein pädagogisch-psychologischer Schwerpunkt gesetzt werden. Ausbildungsreform und A 13 sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Dies muss gemeinsam und so schnell wie möglich angegangen werden.

Die GRÜNEN und die FDP haben schon einmal eine Anhörung zur Frage initiiert, wie das Lehramt attraktiver gestaltet werden könnte. Das liegt nun schon ein Jahr zurück. Leider wurde davon nichts aufgegriffen. Auch bei der großen "Stexit"-Petition – ich möchte noch einmal daran erinnern –, nach der die Lehrerausbildung grundsätzlich reformiert werden sollte, gab es leider kein Entgegenkommen. Das muss sich ändern. Der Gestaltungsanspruch in der Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode – das muss ich an den Kultusminister richten – sollte sich nicht in Projektwochen für Alltagskompetenz erschöpfen.

(Heiterkeit)

Ja, jetzt lachen Sie. Ich glaube, viele in diesem System lachen nicht, Herr Piazzolo. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass die GRÜNEN zu ihrem eigenen Antrag eine namentliche Abstimmung beantragt haben. – Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Dies ist der Abgeordnete Arif Taşdelen aus Nürnberg. Herr Abgeordneter, bitte schön, Sie haben das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ist ein ursozialdemokratisches Thema. Wir haben die gleiche Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer in allen Schulformen allein in dieser Legislaturperiode mit sechs parlamentarischen Initiativen auf die Tagesordnung gesetzt, zuletzt vergangenen Dienstag im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Diejenigen, die heute Morgen in der Aktuellen Stunde von der Attraktivität der Grund- und Mittelschulen und von Wertschätzung gesprochen haben, sollten sich genau überlegen, für welchen Antrag und wie sie heute ihre Hand heben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Hier geht es nicht nur darum, dass eine Lehrerin in der Mittel- und Grundschule circa 600 Euro im Eingangsamt weniger verdient, weil sie nicht gemäß Entgeltgruppe 13 oder Besoldungsgruppe A 13 besoldet wird, sondern gemäß Entgeltgruppe 12 und Besoldungsgruppe A 12, sondern es geht auch darum, welche Wertschätzung die Grundschule und die Mittelschule in Ihren Augen, den Augen der Regierungsfraktionen, genießt. Wir haben in den Grund- und Mittelschulen einen eklatanten Lehrerinnen- und Lehrermangel. Martina Borgendale von der GEW und Simone Fleischmann vom BLLV haben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich deshalb weniger Studierende diese Lehrämter aussuchen und diese Lehrämter studieren. Dies trägt auch nicht

dazu bei, dass diese Lehrämter attraktiver werden. Herr Kollege Fischbach hat es, glaube ich, auch angesprochen: Grund- und Mittelschullehrer*innen müssen 28 Stunden unterrichten. In anderen Schulformen sind es teilweise nur 23 oder 24 Stunden.

Das Problem ist aber auch, dass Herr Minister Piazzolo vor vier Tagen den "Nürnberger Nachrichten" schriftlich mitgeteilt hat, er sei natürlich für die gleiche Bezahlung nach A 13

(Zurufe)

und setze sich dafür gemeinsam mit seiner Fraktion ein. Herr Kollege Prof. Dr. Gerhard Waschler von der CSU hat ihm darauf postwendend geantwortet, ihm Wahlkampfgeplänkel vorgeworfen und verdeutlicht, dass, wäre ihm und seiner Fraktion diese A 13 so wichtig gewesen, die Möglichkeit bestanden hätte, dies in den Koalitionsvertrag hineinzuverhandeln.

Hier, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wird ein Koalitionsstreit auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und auf dem Rücken unserer Schulfamilie ausgetragen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Pittner hat vor zwei Tagen im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sinngemäß gesagt: Herr Prof. Piazzolo ist auch eine Privatperson. Er kann auch einmal etwas privat äußern, was nicht unbedingt der Fraktionslinie entspricht. – Herr Kollege Pittner schüttelt den Kopf, aber man kann das im Protokoll nachlesen. – Dies zeigt aber auch, es gibt nicht nur einen Streit zwischen der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER, sondern auch innerhalb der Fraktion der FREIEN WÄHLER herrschen große Unstimmigkeit und Streit.

Ich sage Ihnen eines, liebe CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER: So kann man ein Land nicht regieren. Sie zeigen wieder einmal, dass Sie nicht regierungsfähig sind.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Taşdelen. – Als nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, an der Reihe. Bitte schön, Herr Kollege Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal habe ich natürlich Verständnis für das Anliegen allgemein. Das haben wir, glaube ich, alle. Aber es muss auch gesagt werden: Das, was Sie hier zu diesem Thema vorgetragen haben, war sehr einseitig. Sie unterbreiten verheißungsvolle Vorschläge, sie machen Stimmung gegen den Staat und gegen den Arbeitgeber. Hierzu stelle ich fest: Finanzierbarkeit und Machbarkeit blenden Sie völlig aus. Ich finde es vollkommen unseriös, was Sie hier permanent tun. Das möchte ich klar betonen.

(Beifall bei der CSU)

Vorneweg sage ich: Es steht völlig außer Frage, dass Grundschullehrer und Mittelschullehrer einen hervorragenden Job machen und ihre Aufgabe hervorragend bewältigen. Auch ich war letzte Woche in einer Mittelschule und habe mir das einmal angesehen. Dieses Sammelsurium an Problemen, das Sie hier aus einer Klasse zusammengetragen haben, kommt wahrscheinlich in fünf Schulen zusammen vor, aber nicht in einer Klasse allein, zumindest nicht draußen auf dem Land, wenn wir ehrlich sind.

(Lachen – Zurufe)

Ja, ich weiß, Sie wollen das nicht wahrhaben. Das ist mir klar. – Wie gesagt, ganz so dramatisch ist es nicht. Es ist schwierig. Darüber müssen wir nicht reden. Aber von Ihnen wird leider auch viel überzeichnet. Ich stelle trotzdem fest: Unsere Grund- und Mittelschullehrer leisten hervorragende Arbeit, bewältigen dies gut und sind auch Garant für die Qualität in unserem Bildungssystem. Darum sage ich seitens der CSU-Fraktion herzlichen Dank für den tatkräftigen und engagierten Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten ist das Rezept der Anträge einseitig und einfach. Sie nehmen wie immer den Wiedervorlageordner, suchen sich eine bestimmte Zielgruppe heraus, nehmen die Worte "Wertschätzung", "Angemessenheit" und "Anerkennung" und zimmern einen schönen, wohlklingenden Antrag,

(Heiterkeit)

gegen den man vordergründig nicht viel haben kann. Aber, wie gesagt, hier wird eine einseitige Perspektive aufgezeigt, weil Sie nur die Perspektive der "Lauten" abbilden. Das Einzige, was sich an den Anträgen ändert, ist die Taktung. Früher haben wir wahrscheinlich alle Jahre wieder davon gesprochen. Mittlerweile sprechen wir alle Monate wieder davon, dass dieser Antrag von welcher Fraktion auch immer vorgetragen wird. Sie verwenden Totschlagargumente, statt zum Kern des Problems überzugehen. Das ist das Problem. Hören Sie mir doch einmal zu!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte vorwegnehmen:

(Zuruf)

Seien Sie ruhig und hören Sie zu.

Es gibt keinen Streit zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Zuruf)

Ich weiß gar nicht, warum dies immer vorgetragen wird. Vielleicht wird hier ein Schwarzer-Peter-Spiel betrieben. Ja, hier können wir mitgehen. Natürlich gibt es auch gewisse objektive Gegebenheiten. Darüber müssen wir nicht reden. Aber ansonsten sage ich, CSU und FREIE WÄHLER sind bei diesem Thema eine gemeinsame Linie eingegangen. Diese gilt von 2018 bis 2023. Wir haben einen gemeinsamen Vertrag geschlossen. Pacta sunt servanda. Das heißt beispielsweise auch: Wir schaffen jedes Jahr 1.000 Lehrerstellen, wir haben die Grundstufe in der Eingangsbesoldung abge-

schaft und viele, viele Beförderungsmöglichkeiten geschaffen, sodass es sogar möglich ist, in der Grund- und Mittelschule bis A 14 Z zu gelangen, wenn man eine große Schule leitet. Auch das blenden Sie aus. Das möchte ich Ihnen an der Stelle einfach einmal mit auf den Weg geben. Es gibt objektive Gegebenheiten und definitiv keinen Streit irgendwo zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

– Ihr dürft auch klatschen. Das ist in Ordnung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, es gibt vielleicht eine Grundsatzentscheidung zur Lehrerbesoldung, die aus dem Kultusministerium kommt und die bis heute Gültigkeit hat. Darüber brauchen wir auch nicht zu reden. Aber es geht nicht nur um das, sondern auch darum, dass Sie sich eine Gruppe innerhalb der Beamtenschaft herausnehmen.

(Zuruf)

– Eine Gruppe, ja natürlich! 55.000 Beamte an Grund- und Mittelschulen. Wir müssen aber 250.000 Beamte im Blick haben. – Ich sage Ihnen eines: Ich führe jeden Tag und jede Woche Gespräche mit sämtlichen Berufsverbänden und Berufsfachgewerkschaften. Jede Fachgewerkschaft hat den Anspruch und die Herausforderung zu sagen: Ich wünsche mir mehr Stellen. Ich wünsche mir mehr Beförderungsmöglichkeiten. Ich wünsche mir eine bessere Bezahlung. – Deswegen sage ich, dass Sie – selbstverständlich – eine einseitige Forderung erheben. Wir haben das große Ganze im Blick. Darauf kommt es an. Wir müssen das Gesamtgefüge im Auge haben, weil uns sonst der ganze Laden auseinanderfliegt. Das möchte ich auch an der Stelle einmal mitgeben.

(Beifall bei der CSU)

Zu dem ganzen Laden gehört beispielsweise auch, dass wir von Mehrkosten von mindestens rund 200 Millionen Euro, wenn nicht sogar 500 Millionen Euro sprechen würden. Das ist doch der ausschlaggebende Punkt: 200 bis 500 Millionen Euro, eine halbe Milliarde Euro. Damit kann ich wirklich sehr viel machen. Damit kann ich zum Beispiel wieder eine Besoldungsanpassung ab dem nächsten Jahr machen, was ich mir persönlich sehr für die Beamten wünsche. Eine Bezügeanpassung für alle Beamten kommt allen zugute. Das kommt dem Gesamtgefüge zugute. Wir können auch wieder viele Beförderungsmöglichkeiten schaffen. Wir haben beispielsweise seit 2008 auch 18.000 zusätzliche Stellen in der Lehrerschaft bewerkstelligt. Wir haben also das große Ganze im Blick, und davon lassen wir uns auch nicht abbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich – das will ich nicht leugnen – haben wir einen Lehrerbedarf, aber nicht nach Köpfen. Wir haben einen Lehrerbedarf nach Stunden wegen eines hohen Teilzeitanteils, das wissen Sie auch. Das sind Vorzüge des öffentlichen Dienstes. Sie können auch einmal einen Vorschlag machen, dieses Thema anzugehen. Aber das ist natürlich ein unangenehmes Thema, das wehtut. Wer will denn das schon anpacken? – Wir wollen das nicht, weil wir die Vorzüge in den vielen Jahren geschaffen haben. Sie wollen es natürlich auch nicht. Aber wie gesagt, konstruktive Vorschläge in der Richtung kommen leider von Ihnen auch nicht. Das ist auch Teil der Wahrheit. Das müssen wir auch berücksichtigen.

Die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich überall verändert. Auch das sagen mir alle Berufsgruppen. Das trifft die gesamte Lehrerschaft. Das trifft aber auch die Polizei. Das trifft unsere ganze Gesellschaft. Das trifft Finanz und Justiz. Ich sage an der Stelle auch: Sie haben kein spezielles Argument, das Sie für das Anliegen vortragen, sondern ein allgemeines Phänomen, das Sie als Begründung anführen. Das ist aus meiner Sicht unzureichend und deswegen auch nicht zielführend.

Meine Damen und Herren, ich sage an der Stelle auch: Blicken wir doch einmal voraus! – Ich würde allen einmal raten: Machen wir jetzt einen Corona-Kassensturz! – Ich glaube, die Haushaltsberatungen sind dafür angezeigt. Dann werden wir es schon einmal etwas sehen. Die Steuerschätzung vom Mai war nicht so rosig, dass man sich damit schon wieder tausend Wünsche erfüllen kann. Das ist auch ein Teil der Wahrheit. Ich bin mal gespannt, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln werden und wie Konjunktur, Export und anderes aussehen. Dann schauen wir, welche Prioritäten wir setzen können und was wir machen wollen. Ich sage an der Stelle: Wir haben einen Koalitionsvertrag. Wir haben hier klare Leitplanken. – Das werden wir auf jeden Fall umsetzen und einhalten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In Zukunft nehmen wir die Grund- und Mittelschulen nach wie vor besonders in den Blick. Das ist für uns selbstverständlich. Stellenmehrungen gehören genauso dazu wie Beförderungsmöglichkeiten, weil unsere Grund- und Mittelschullehrer gute Arbeit leisten. Sie schaffen Chancen, sie motivieren, sie leisten einen wichtigen Beitrag. Ich bin unseren Lehrkräften sehr dankbar. Darum erhalten sie auch eine amtsangemessene Bezahlung. Auch das muss man an der Stelle einfach einmal sagen. Wir lehnen deswegen die Anträge von SPD, FDP und GRÜNEN ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fackler. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Der Herr Abgeordnete Schuberl hat die erste. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Fackler, Sie haben moniert, dass SPD und GRÜNE ständig gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit fordern würden – A 13 für Grundschullehrer*innen –, und Sie haben gesagt, wir würden dabei den Kern des Problems übersehen. Ich finde schon einmal positiv, dass Sie auch sehen, dass es ein

Problem bei den Grundschulen gibt. Könnten Sie uns mitteilen, was aus Ihrer Sicht der Kern des Problems ist?

Wolfgang Fackler (CSU): Anscheinend haben Sie jetzt wieder nicht aufgepasst. Das haben Sie jetzt davon.

(Lachen bei der CSU)

Ganz genau, es ist immer das Gleiche.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ist das ein Lehrer? Er redet so!)

Den Kern des Problems habe ich Ihnen genannt. Selbstverständlich gibt es eine Grundsatzentscheidung aus dem Kultusministerium. Ich sage: Sie nehmen nicht alle Beamten in den Blick, sondern nur einen Teil, eine Gruppe und ein Gruppeninteresse. – Letztendlich gibt es auch das große Problem des Haushalts, 200 bis 500 Millionen Euro. Wir reden nicht über ein Butterbrot, so wie die Kollegin hier,

(Zuruf)

sondern schon von einer Stange Geld, von einer ordentlichen Portion. Daher nehmen Sie es jetzt bitte schön zur Kenntnis. Das ist der Kern des Problems. Sie müssen es zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben noch eine weitere Wortmeldung von Herrn Taşdelen. – Herr Abgeordneter, bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Kollege Fackler, Sie wollten Argumente für die gleiche Bezahlung. Ein Argument wäre, dass uns die Grund- und Mittelschulen genauso viel wert sind wie alle anderen Schulformen. Das ist schon einmal ein Argument. Ich glaube, diesem Argument können Sie sich auch nicht verwehren. Sie wollen manche Fakten nicht benennen. Wenn Sie von Köpfen reden, ich aber vorher am Rednerpult gesagt

habe, dass sich weniger Studierende für diese Lehrämter entscheiden, weil sie schlechter als andere bezahlt sind, dann fehlen am Schluss auch noch die Köpfe.

Ich darf jetzt aus den "Nürnberger Nachrichten" zitieren:

Der bildungspolitische Sprecher der CSU, Gerhard Waschler, ist fassungslos und empört: "Ich frage mich, warum Herr Piazzolo diesen Punkt nicht in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt hat. Mir fehlt für diese Aussage jedes Verständnis." Waschler wertet die Aussage des Kultusministers mit Blick auf die Landtagswahl 2023 als reinen Vorwahlkampf.

Ist das kein Koalitionsstreit, Herr Kollege?

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Fackler (CSU): Was Sie da alles als Streit interpretieren! Das muss man an der Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir kennen alle die Zuspitzungen in der medialen Welt und hier im – –

(Zuruf)

– Ja, auch Sie tragen immer zu den Zuspitzungen bei. – Ich glaube, dass nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. In diesem Sinne: Wir vertragen uns gut, und werden das auch die nächsten zwei Jahre schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es liegen keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen mehr vor. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Fackler. – Die SPD-Fraktion hat jetzt auch namentliche Abstimmung beantragt. Die Situation ist folgende: Wir haben damit erneut 15 Minuten Wartezeit, um diesen Antrag abzustimmen. Sollte noch 15 Minuten diskutiert werden, können wir über alle drei Anträge abstim-

men. Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich vorschlagen, dass wir alle drei Anträge erst nach dem nächsten Tagesordnungspunkt gemeinsam abstimmen und jetzt nicht die Abstimmung zerreißen. – Damit darf ich den Abgeordneten Richard Graupner von der AfD aufrufen. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN haben hier in der Tat einen sehr interessanten Antrag eingebracht. Ich frage Sie: Erinnern Sie sich an den 13.07. dieses Jahres? – Ich helfe Ihrem Gedächtnis gern ein wenig auf die Sprünge. An diesem Tag wurde nämlich im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes ein Antrag unserer Fraktion verhandelt. Wenn ich sage: "Unser Antrag wurde verhandelt", dann ist das eigentlich eine sehr freundliche Umschreibung des tatsächlichen Ablaufs; denn nachdem dieser Antrag von meinem Fraktionskollegen Markus Bayerbach vorgestellt worden war, hat sich als Einziger ein Vertreter der FREIEN WÄHLER in drei knappen und kärglichen Sätzen zu dem Thema geäußert. Besagter Antrag wurde daraufhin ohne jegliche weitere inhaltliche Diskussion von allen Vertretern der Altparteien einstimmig abgelehnt, inklusive und allen voran natürlich von den GRÜNEN. Einige Zeit später fand im mitberatenden Finanzausschuss genau das gleiche Trauerspiel statt. Der Antrag, unser Antrag, hatte übrigens den Titel "Mogelpackung Arbeitszeitkontenmodell – Besoldung von Grund- und Mittelschullehrern endlich wie versprochen auf A 13 und E 13 anheben".

Jetzt kommen eben jene GRÜNEN, welche gerade noch, ohne auch nur ein Argument beizusteuern, unsere Initiative abgelehnt haben, und bringen einen fast bis in den Wortlaut identischen Antrag ein, jene GRÜNEN, die sich gern als mutige Kämpfer für universelle Gerechtigkeit gerieren. Aber sie sind, wie man auch wieder an diesem Beispiel gut ersehen kann, eher billige Plagiatoren als Gladiatoren.

Ja, auch unsere Fraktion ist der Meinung, die Besoldung der Grund- und Mittelschullehrer sollte an jene der Real- und Gymnasialkollegen angeglichen werden. Gerade an

Mittel- und Förderschulen versetzte Grundschullehrer haben einen bisher nicht vergüteten Mehraufwand, der etwa auf der Einarbeitung in neue didaktische Vermittlungsformen oder dem Einstellen auf ein neues Lehrerkollegium beruht. Die Staatsregierung hat ja jetzt, in den Corona-Zeiten, von dieser Praxis auch ausführlich Gebrauch gemacht.

Es muss aber an dieser Stelle auch noch mal ganz klar gesagt und darauf hingewiesen werden: Mit einer reinen Anhebung der Arbeitsvergütung ist es nicht getan. Es braucht ganz allgemein ein neues Klima der Wertschätzung für den Lehrerberuf. Früher war der Lehrerstand eine hoch geachtete soziale Institution. Aber anstatt der Konzentration auf den klassischen Bildungs- und Erziehungsauftrag halten mehr und mehr neumodische Ideologieblüten wie Gender, Antirassismus und Buntheits-Klimbim in den Lehrplan Einzug. Unsere Lehrer werden dann auch noch zunehmend dazu missbraucht, das zu multiplizieren. Dass dieser Prozess auch im ursprünglich konservativen Bayern voranschreitet, ist ohne Zweifel einer jener fragwürdigen Verdienste der Regierung Söder; denn auch ansonsten tut die Staatsregierung ja alles, um Lehrer möglichst zu vergraulen und die Rahmenbedingungen für deren Wertschätzung zu erschweren – seien es die eklatanten Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung, sei es die aktuelle Degradierung der Lehrerschaft zu Hilfspolizisten in der Coronokratie.

Auch wenn wir in der Sache dem Antrag weitgehend zustimmen: Es ist hin und wieder notwendig, ein Zeichen gegen die durch und durch undemokratische Praxis der Altparteien zu setzen, inhaltlich überzeugende Anträge abzulehnen, nur weil sie von der AfD stammen, um sie dann als eigenen Antrag kurz darauf erneut einzubringen. Das gilt in diesem Fall nicht nur für den Antrag der GRÜNEN, sondern ebenfalls für die entsprechenden Nachzieher der SPD und der FDP. Zudem weisen alle Plagiate gegenüber dem AfD-Original gerade in ihren Begründungsteilen auch noch inhaltliche Schwächen auf. Wir werden Ihre Anträge aus diesen Gründen zwar nicht ablehnen, aber wir werden uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Graupner, für Ihren Beitrag. – Der nächste Redner ist der Kollege Tobias Gotthardt von den FREI-EN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mal eine kleine Bitte an die Kollegin Schwamberger: Bitte entführen Sie uns nicht mit 250 Leuten in ein Klassenzimmer. Ich glaube, das macht keinen Sinn. Ein kurzes Danke an die Kolleginnen und Kollegen der SPD: Ich bin noch nie in einem SPD-Antrag erwähnt worden. Das ist fast schon eine Ehre, dass Sie für mich Wörter und Buchstaben verwenden. Und ein kleiner Dank insgesamt, der vielleicht überrascht. Aber ich bin in der Tat dankbar für die Debatte heute, weil das Thema, das wir heute diskutieren, ein wichtiges ist. Ich bin dankbar, dass wir die Debatte sehr sachlich führen. Ich danke dem Kollegen Fackler, ich danke der Kollegin Schwamberger, dem Kollegen Fischbach, auch dem Kollegen Arif "Attacke" Taşdelen, der etwas aggressiver reingegangen ist. Aber auch das ist okay. Man merkt die Leidenschaft. Es ist auch wichtig, dass wir dieses Thema in diesem Haus leidenschaftlich diskutieren.

Wenn ich so in die Reihen der einzelnen Fraktionen schaue, dann sehe ich schon das Blitzen in den Augen. Die einen erwarten, dass ich ein Bashing gegen die eine Seite mache, gegen den Koalitionspartner, die anderen erwarten, dass ich mich irgendwie verrenne und das leugne, was ich immer in der Presse gesagt habe. Ich werde keines von beidem tun. Ich sage Ihnen ganz ehrlich – und das war ja auch immer, schon im Finanzausschuss, meine Linie: Ich bin für A 13 bei Grund- und Mittelschullehrkräften. Das ist auch die Linie unserer Partei. Ich glaube, dass wir dafür auch eine große Mehrheit in der Fraktion haben. Zumindest haben wir immer so argumentiert.

Aber es stimmt auch, und das muss man auch in aller Ruhe sagen, das ist auch kein Vorwurf: Es ist Tatsache, dass das nicht im Koalitionsvertrag steht. Das ist einfach so, wir haben das nicht drin. Deswegen ist diese Geschichte auch kein Selbstläufer. Man kann dieses Thema nicht einfach so irgendwo am Katzentisch erledigen. Wir reden

hier von insgesamt 55.000 Lehrkräften an Grund- und Mittelschulen. Wir reden bei einer Erhöhung von einer Summe von ungefähr 200 Millionen Euro. Das zahlt man nicht so einfach aus der Kaffeekasse.

(Zuruf)

Das heißt, wir müssen dieses Thema sehr ruhig und besonnen diskutieren. Das tun wir auch. Das tun wir auch jetzt hier im Haus. Ich hatte vor Kurzem ein Gespräch mit einem führenden Vertreter eines Lehrerverbandes, mit dem ich das Ganze wirklich sehr intensiv und auch ehrlich diskutiere. Von dessen Seite kam die Aussage: Nur nach A 13 schreien, bringt uns allen nichts. Wir müssen in aller Ruhe und gemeinsam überlegen, wie wir das richtig machen und finanzieren. Ich muss ganz ehrlich sagen: Diesen Ansatz fand ich sehr gut und sehr weise: Wir müssen in aller Ruhe überlegen, wie es funktioniert und deswegen auch die Debatten führen.

Das heißt aber nicht, dass wir in der Koalition, dass unser Kultusminister und unsere Kultusstaatssekretärin in der Zeit untätig gewesen wären. Ich sage Ihnen jetzt, dass wir im Doppelhaushalt 2019/2020 ungefähr 5.000 Stellenhebungen im Bereich der Grund- und Mittelschulen vorgesehen haben. Ich sage Ihnen, dass wir im aktuellen Haushalt noch mal 4.667 Planstellen im zweiten Beförderungssamt plus 300 Planstellen auf A 13 anheben. Damit kommen wir in diesem kurzen Zeitraum auf 10.000 Stellen – wie gesagt, sind es insgesamt 55.000 Lehrkräfte.

Das ist noch nicht der ganz große Wurf, den auch ich mir wünschen würde, aber es zeigt, dass wir das Thema angehen, dass wir, Kollegin Schwamberger, diese Wertschätzung auch entgegenbringen, dass wir sie zum Ausdruck bringen. Ich weiß schon, dass man sich von einem Danke und einer Wertschätzung nichts kaufen kann. Aber wir tun doch auch was dafür, indem wir dieses Thema hier in aller Ruhe diskutieren.

Ich bin ziemlich sicher und überzeugt: Wenn wir das so in dieser Sachlichkeit tun, werden wir am Ende auch zu einem Ergebnis kommen. Aber es muss auch klar sein: Wir müssen die Debatte – wenn wir Sie führen – fraktionsübergreifend führen. Wir müssen

Sie im Kontext der Haushaltsverhandlungen führen. Das ist der Grund, der Kernpunkt, warum ich es an dieser Stelle auch sage: Die drei Anträge zu diesem Zeitpunkt verstehe ich aus Oppositionssicht. Es ist auch klar, dass sie natürlich gegen uns gerichtet sind. Aber es macht Sinn, das im Kontext von Haushaltsverhandlungen zu diskutieren.

Lieber Arif, ganz ehrlich, zu deinem Hinweis auf die Koalition: Wir kommen wirklich gut zurecht, wir reden das aus, das ist kein Thema, wir sind kein Ponyhof, wir können das schon ausdiskutieren. Ich wünsche euch übrigens viel Glück und viel Erfolg bei euren Vorhaben in Berlin mit zwei Partnern. Da wirst du dann sehen, was dabei rauskommt, wenn man sich mit zwei Partnern auf eine Meinung einigen darf. Ich werde dich daran erinnern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Also kurzum: Ich bleibe bei meiner Position, die FREIEN WÄHLER bleiben bei ihrer Position. Wir haben eine gemeinsame Linie in der Koalition. Die sieht jetzt nicht als Selbstläufer eine Erhöhung vor. Eine Erhöhung kann man nicht nebenbei am Katzentisch machen. Aber wir bleiben an dem Thema dran. Auch ich persönlich werde am Thema dranbleiben. Ich bin sicher, wir werden da zu einem guten Ende kommen. Wir lehnen aber jetzt, zu diesem Zeitpunkt, auch weil es nicht im Kontext von Haushaltsverhandlungen ist, die drei Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Gotthardt. – Es gibt nur eine Zwischenbemerkung: Der Abgeordnete Max Deisenhofer von den GRÜNEN möchte noch etwas von Ihnen wissen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Kollege Gotthardt, ich habe zwei kurze Fragen, die Sie vielleicht stellvertretend für die FREIEN WÄHLER beantworten können:

Erstens. Warum steht denn das für Sie so wichtige Thema nicht im Koalitionsvertrag?

Die zweite Frage ist: A 13 ist ein wichtiges bildungspolitisches Thema. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Deswegen reden ja auch Sie als bildungspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Aber jetzt darf dann wohl gleich nicht der zuständige Minister Piazzolo sprechen, sondern zumindest auf der Anzeige war der Kollege Füracker angezeigt. Warum darf denn nicht der zuständige Minister reden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Ich fange mit der zweiten Frage an. Das ist keine Frage des Dürfens, sondern eine Frage der inhaltlichen Zuteilung. Sie haben gemerkt, dass vor mir relativ viele Finanzpolitiker gesprochen haben. Das zeigt ja auch diese Dimension des Themas. Wir reden hier von 200 Millionen Euro jährlich fest in jedem neuen Haushalt. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass der Finanzminister zu diesem Thema spricht. Ich finde, da ist nichts dran. Der Kultusminister wird daran nichts ändern können, wenn er kein zusätzliches Geld hat. Deswegen liegt das in der Verantwortung des Finanzministeriums. Ich finde, das ist vollkommen richtig.

Zum zweiten Punkt würde ich Folgendes vorschlagen: Wir warten die Verhandlungen von euch dreien in Berlin ab, setzen uns danach zusammen und reden über die Frage, was ihr in den Koalitionsvertrag bekommt und was nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächster Redner spricht Herr Staatsminister Füracker.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Schuberl, Sie sind doch schon lange im Parlament. Sie wissen doch, dass die Staatsregierung hier jederzeit sprechen kann. Wenn Sie so provozieren, reden beim nächsten Mal vielleicht noch mehr, denn nach Herrn Staatsminister Füracker spricht

Herr Staatsminister Piazzolo, damit Sie das schon mal wissen. – Herr Kollege Füracker, bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Hohes Haus! Tatsächlich ist es so, dass die Staatsregierung im Landtag meiner Kenntnis nach jederzeit das Wort ergreifen darf, und zwar, wer möchte. Herr Prof. Piazzolo kann das jederzeit tun, wenn er möchte, genauso wie die Kollegen Herrmänner auf der Bank

(Heiterkeit)

und jeder, der dazu sprechen will. Ich kann nur sagen: Nur ran hier, kein Problem. Ich stehe auch nicht im totalen Tatverdacht, dass ich mich bei jedem Thema an Mikrofone dränge und immer die Welt erklären will, wenngleich ich schon gestehe, dass man als bayerischer Finanzminister ganz komplizierte, aber auch ganz schöne Aufgaben hat. Es ist schön, Heimatminister zu sein.

Als bayerischer Finanzminister ist man auch etwas, was manchmal von dem einen oder anderen ein bisschen vergessen wird, wenn auch nicht von mir: Man ist Beamtenminister, Beschäftigtenminister. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, den es in Bayern gibt – ich glaube, anderswo gibt es so etwas in der Intensität gar nicht, lieber Wolfgang Fackler –, ist der Gesprächspartner des Finanzministers, wenn es um die Belange des öffentlichen Dienstes geht. Bei diesem Thema geht es auch direkt um den öffentlichen Dienst. Ich sage noch einmal: Ich habe mich nicht darum gerissen, heute hier sprechen zu müssen, aber ich habe überhaupt kein Problem damit, heute sprechen zu müssen; denn wir haben in Bayern ein Verhältnis zu unseren Beschäftigten, zu unseren Beamten, das sich sehen lassen kann, das in einer sehr offenen Weise stattfindet, was wiederum damit zu tun hat, dass ich Finanzminister bin.

Es ist heute schon ein paarmal darüber gesprochen worden, dass die Beschäftigung von Hunderttausenden Menschen im Land viel Geld kostet; das ist doch selbstverständlich. Wir haben Personalkostenquoten von rund 40 %; jeder weiß, dass das der

größte Ausgabenblock ist, den wir haben. Gegenüber unseren Bediensteten haben wir in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern überhaupt keinen Grund, uns zu rechtfertigen, nicht einmal den allerkleinsten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dass Lehrkräfte besondere Verantwortung tragen, gehört auch dazu. Wenn man hier sagt, weil jemand im Moment für oder gegen A 13 ist, würde er jemanden nicht wertschätzen oder nicht kapieren, wie wichtig Bildung ist, dann ist es so wie bei der Geldwäsche. Wie kann ich einem normalen Demokraten unterstellen, er glaube, dass Bildung nicht wichtig wäre? Gerade hat es geheißen, irgendwer wäre für Geldwäsche. Jeder ist dafür, dass Kinder optimale Bildung bekommen. Ich bin auch dafür, dass im Rahmen unserer Gesetze unsere Bediensteten bezahlt werden. Wir verbeamten Lehrer in Bayern zum Beispiel; das hat bei uns Verfassungsrang und ist selbstverständlich. Schauen Sie mal in andere Bundesländer, ob dort alle oder überhaupt Lehrer verbeamtet werden. Und: Nirgendwo werden Beamte so gut bezahlt wie in Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Grundschullehrer in Bayern in Besoldungsgruppe A 12 verdient bereits zu Beginn seiner Laufbahn jährlich über 1.000 Euro mehr als der Realschul- oder Gymnasiallehrer in Rheinland-Pfalz in Besoldungsgruppe A 13; das muss man doch mal sagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Warum wird so etwas eigentlich verschwiegen und nicht zur Kenntnis genommen? Ist Geld alles, meine Damen und Herren? Sie haben gesagt, es gäbe keine Grundschul- und Mittelschullehrer mehr, weil sie nicht A 13 bekommen.

(Zuruf)

Der Numerus clausus für die Lehrämter an Grundschulen wurde, soviel ich weiß, Herr Prof. Piazzolo, ausgesetzt oder aufgehoben oder was auch immer. Die Folge war, dass

sich zum Wintersemester 2020 48 % mehr junge Leute für ein Studium für das Lehramt an Grundschulen angemeldet haben – wissend, dass sie nach momentaner Rechtslage mit A 12 beim Staat einsteigen werden. Dann kann man doch nicht behaupten, dass das im Hinblick auf die Entscheidung junger Menschen, was sie studieren, quasi prohibitiv wäre. Offensichtlich sind die jungen Menschen mit anderen Motiven unterwegs als nur mit der Frage, wie viel sie dort verdienen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben dafür gesorgt, dass seit dem 1. Januar 2020 die erste Stufe der Grundgehaltsstufe für alle Beamten in Bayern gestrichen wird, das heißt: Jeder junge Beamte, der neu anfängt, bekommt in Bayern von Anfang an 2.250 Euro mehr Gehalt pro Jahr. Das ist ein kräftiges, ein wirkliches Konjunkturprogramm und ein Angebot an junge Menschen, sich für den Staat zu entscheiden.

Wir haben alle Beförderungen vorgenommen und angeboten: seit 2018 3.760 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten bei den Grund- und Mittelschulen bis hin dazu, dass jeder bis zum Ende seiner Laufbahn bis A 13 befördert werden kann; das nennt man funktionslose Beförderungsämter. Das bedeutet eine Haushaltsbelastung von zusätzlich rund 20 Millionen Euro allein dafür.

Es ist schon von mehreren gesagt worden: A 13 für alle bedeutet von heute auf morgen 190 Millionen Euro mehr und bedeutet Folgeforderungen, die alle kommen, weil sich das gesamte Gehaltsgefüge beim Staat daran orientiert, wie Einstellungen in allen Laufbahnen vorgenommen werden. Andere Laufbahnen orientieren sich wiederum daran. Wir haben das mal ausgerechnet: Wenn wir das alles folgerichtig durchziehen, brauchen wir 500 Millionen Euro mehr pro Jahr.

Jetzt kann man fragen: Was sind schon 500 Millionen Euro? – Ich kann nur sagen: Ich habe nicht den Eindruck, dass schon alle im Land verstanden haben, was es bedeu-

tet, dass wir täglich davon sprechen, dass wir die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich trete hier nicht an und will krisengemäß direkt oder indirekt proportional irgendjemandem im Land etwas wegnehmen, aber den Glauben, dass wir uns im Landtag in den nächsten Jahren ausschließlich darüber streiten sollten, wie viel Geld wir in allen Bereichen, wo es gewünscht wird, zusätzlich zu dem ausgeben können, was wir uns jetzt schon leisten, muss ich Ihnen zu einem Großteil nehmen. Wir werden uns nach der Decke strecken und uns an dem orientieren müssen, was die Steuereinnahmen hergeben.

Deswegen geht es gar nicht darum, dass wir jemandem etwas wegnehmen wollen, aber seien wir doch alle miteinander in dem Land so vernünftig, dass wir einsehen, dass auch im einzelnen Bereich der Status quo in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg etwas ganz Besonderes ist. Ich weiß nicht, ob auf der ganzen Welt in dieser Krise alle Menschen vom wirtschaftlichen Status quo ausgehen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In dieser Situation finde ich es anerkennenswert, wie sehr wir uns anstrengen, Wolfgang Fackler, auch dem öffentlichen Dienst eine ordentliche Vergütung zu geben. In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes wie überall in der Gesellschaft haben wir selbstverständlich noch berechtigte Wünsche, wo man individuell noch mehr machen könnte, auch mit durchaus nachvollziehbaren Begründungen. Es gibt doch beim Staat nicht nur höhere oder gehobene Beamte, sondern es gibt auch noch andere Bedienstete, die sagen: Ich könnte auch mehr für meine Arbeit gebrauchen.

Deswegen bitte ich einfach darum, im Sinne des Maßhaltens eine Ausgewogenheit beizubehalten, die auch in den nächsten Jahren noch darstellbar ist; denn wenn wir die finanzpolitische Solidität verlieren, werden wir uns in ein paar Jahren über ganz

andere Dinge unterhalten müssen, und das will ich nicht. Deswegen ist es doch nur fair, über das zu sprechen, was momentan leistbar ist.

Selbstverständlich ist es mit Blick auf die Bediensteten, die Studiengänge und die Frage, wie unterschiedlich Lehrer und Beschäftigte ausgebildet sind und was die Grundlage dafür ist, beim Staat von Anfang an so, dass es unterschiedliche Laufbahnen und unterschiedliche Eingruppierungen gibt, was auch jeder von Anfang an weiß.

In anderen Ländern gibt es Einheitslehrer. Wir haben keine Einheitsschule. In anderen Ländern ist jetzt plötzlich eine Anhebung auf A 13 erfolgt, um ein wenig das aufzuholen, was man bei der Besoldung ohnehin an Rückstand hat. Noch einmal: Anderswo ist A 13 weniger als bei uns A 12. Im Übrigen gibt es aber noch viele Länder, die nach A 12 besolden. Beispiele dafür sind Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen oder Niedersachsen. Es ist also nicht so, dass wir da in Bayern hintendran wären, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Ich sage es noch einmal: Wir haben hier hervorragende berufliche Perspektiven, und das wissen die jungen Lehrerinnen und Lehrer. Jeder Grund- und Mittelschullehrer in diesem Land kann nach A 13 befördert werden. Wir haben zwei funktionslose Beförderungssämter geschaffen – A 12 + AZ und A 13 –, für die auch keine Übernahme von Leitungsfunktionen erforderlich ist. Zudem haben wir genügend Beförderungsstellen.

Deswegen glaube ich, meine Damen und Herren, dass das System, wie wir es mit einer nicht vorhandenen Einheitsschule, mit einer differenzierten Schule haben, auch ein differenziertes System der Lehrerbildung und der Lehrerbezahlung ist. Das jetzt infrage zu stellen, ist nichts, was über Nacht mehr Lehrer schafft.

Im Übrigen leisten wir uns in diesem Koalitionsvertrag, jedes Jahr 1.000 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen – insgesamt sogar jährlich 1.100 Stellen zusätzlich laut Koalitionsvertrag. Der Koalitionsvertrag hat keinerlei Defizite, was das Kultusministerium anbelangt, Herr Prof. Piazzolo. Wenn ich für jedes Ministerium hochrechnen würde, was hier an Stellenmehrungen möglich ist, dann hätten wir noch ganz andere Diskus-

sionen. Kein Ministerium wird so großzügig bedacht und behandelt wie das Kultusministerium, wie wir das im Koalitionsvertrag ausgemacht haben. A 13 steht aber aus gutem Grund nicht im Koalitionsvertrag.

Ich bitte deswegen, hier weiterhin die Vernunft walten zu lassen. Ich drücke mich da auch nicht um Gespräche. Diese Woche hatte ich ein Gespräch mit dem BLLV, dessen Präsidentin zu mir kommt, weil wir uns in diesen Fragen austauschen, meine Damen und Herren. Ich stehe wie auch in den letzten Jahren aus gutem Grund dazu: Wir sollten weiterhin bei diesem System bleiben. Ich halte es nicht für bezahlbar, 190 Millionen Euro und in der Folge 500 Millionen Euro zusätzlich nur dafür auszugeben.

Wir werden beim öffentlichen Dienst in den nächsten Monaten außerdem noch andere Fragestellungen zu besprechen haben, und dabei handelt es sich nicht nur um die allgemeinen Tarifentwicklungen, sondern auch um Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts usw. Das alles sind Dinge, die uns noch sehr viel Kopfzerbrechen bereiten und sehr viel Geld kosten werden. Dennoch bleiben wir fair. Wir sind stolz darauf, was unsere Bediensteten, unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten, und dafür leisten wir eine sachgerechte und korrekte Bezahlung. Das entwickelt sich äußerst positiv, und zwar auch und gerade in den letzten Jahren – seit es also diese Koalition gibt – zusätzlich besser für die Grund- und Mittelschullehrer. Das bitte ich anzuerkennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Minister Füracker, Sie haben eine sehr staatstragende Rede gehalten.

(Beifall – Zuruf)

Sie haben auch gesagt, dass wir uns durch Corona und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen in der größten Krise befinden. Das alles wurde aber zu Makula-

tur, als Ihre Partei – denken wir doch einfach nur ein paar Wochen zurück –Steuersenkungen gefordert hat. Von daher können Sie das, was Sie gerade gesagt haben, nicht ernst gemeint haben.

(Zurufe)

Sie sprachen davon, dass das Lehramt für die Grund- und für die Mittelschule bzw. diese Schulformen sehr attraktiv seien. Der Vorsitzenden der GEW Bayern Martina Borgendale zufolge war die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger des Lehramtes Mittelschule im letzten Wintersemester um 50 % niedriger als vorher. Wie können Sie sich das erklären?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich habe dafür keine belastbaren Zahlen. Nachdem es bei der Grundschule aber einen Anstieg um 48 % gab, könnte es sein, dass das miteinander korrespondiert; das weiß ich nicht. Der Grundschullehrer verdient aber auch nicht mehr als der Mittelschullehrer, und er studiert trotzdem Grundschullehramt.

Es ist ein Gerücht, dass niedrigere Steuersätze zu einem Rückgang der Steuereinnahmen führen. Das werden Sie erkennen, wenn Sie zurückblicken und die letzten 15 Jahre in Deutschland Revue passieren lassen. Seit der letzten großen Unternehmensteuerreform, die niedrige Steuersätze brachte, sind die Steuereinnahmen in diesem Land in den letzten Jahren vor Corona geradezu

(Zuruf)

explosionsartig gestiegen. Die Beschäftigung ist ebenfalls gestiegen. Der geschätzte Vorgänger der Bundeskanzlerin Angela Merkel, den Sie kennen, hat ihr das Land mit 5,5 Millionen Arbeitslosen und hohen Steuersätzen übergeben. Was wir jetzt mit 2,5 Millionen Arbeitslosen und niedrigen Steuersätzen übergeben, hat gezeigt, dass

das Land durch niedrige Steuersätze reicher geworden ist, und das hätte auch in Zukunft funktioniert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Staatsminister Michael Piazzolo auf.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wurde persönlich angesprochen und nehme dazu auch gerne Stellung. Außerdem möchte ich etwas zu gewissen Entstehungsgeschichten sagen. Es ist einige Jahre her – ich war damals bildungspolitischer Sprecher unserer Fraktion –, aber ich erinnere mich noch sehr gut an unsere Landesversammlung der Partei der FREIEN WÄHLER, bei der ich zusammen mit Hubert Aiwanger einen Antrag bezüglich der Besoldung A 13 für die Grund- und Mittelschullehrer eingebracht habe. Dieser Antrag wurde von der Partei angenommen – das ist auch unsere Fraktionslinie –, und dabei bleibt es auch.

In einer Demokratie und in einer Koalition ist es ganz normal, dass es zu bestimmten Themen unterschiedliche Meinungen gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist auch kein Koalitionsstreit, sondern die CSU hat aus ihrer Sicht nachvollziehbare Gründe. Man kann da unterschiedlicher Auffassung sein. Wir haben jetzt auch Ihre Meinung gehört, die ich akzeptiere. Das ist so, und deshalb finden wir uns zusammen. Im Übrigen wäre es schlimm, wenn es anders wäre; denn dann würde man weder verschiedene Parteien noch Koalitionen brauchen.

Es gibt auch andere Themen. Ich will betonen, dass ich zusammen mit den GRÜNEN und anderen Parteien gegen die dritte Startbahn gekämpft habe, und wir haben zu diesem Thema in München ein Bürgerbegehren durchgeführt.

Es gibt selbstverständlich unterschiedliche Meinungen, und ich behalte diese Meinung. In der Koalition vereinbaren wir dann aber bestimmte Richtungen. Der Finanzminister Füracker hat das soeben völlig korrekt dargestellt. Damals sind wir als FREIE WÄHLER selbstverständlich in die Koalitionsverhandlungen hineingegangen und wollten A 13 auch durchsetzen. Allerdings haben wir dann andere Sachen durchgesetzt. Man hat in den Koalitionsverhandlungen auch nicht alles durchsetzen können; denn es sind Verhandlungen, bei denen man sich auf Dinge einigt. Der Kollege Füracker hat gerade völlig zu Recht dargestellt, dass wir in der Bildungspolitik gemeinsam nicht nur ein beachtliches, sondern mit 5.000 neuen Stellen ein hervorragendes Paket in diesem Koalitionsvertrag festgelegt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Darauf können wir auch gemeinsam stolz sein.

Ich betone jedoch ebenfalls, dass die FREIEN WÄHLER und auch ich persönlich trotzdem bei unserer Meinung bleiben. Ich sage für mich, dass ich das in den letzten drei Jahren ganz bewusst nicht offensiv gespiegelt habe, weil man in Koalitionen bestimmte Regeln hat und aufeinander Rücksicht nehmen muss. Das erwarten wir vom Koalitionspartner genauso. Das läuft auch gut. Als wir aber direkt gefragt wurden: "Was ist Ihre Meinung?", sagte ich unsere und der Kollege Waschler seine Meinung. Dabei gibt es auch kein Problem.

In den Medien wird das vielleicht einmal zugespitzt, und es kommt noch ein Satz hinzu. Wenn das hier zugespitzt wird, werde ich es an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, obwohl das jetzt, glaube ich, nicht im Raum stand: Es sind genügend Bildungspolitiker auch von der CSU und gerade auch der Kollege Waschler mit dabei, zu denen ich nicht nur seit drei Jahren, seit wir in einer gemeinsamen Koalition sind, sondern auch vorher, ein sehr, sehr gutes Verhältnis habe. Wir sind bei den meisten Fragen einer Meinung, und wir arbeiten in dieser Koalition hervorragend zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bin mir sicher, dass das auch so bleibt. Das gilt. Da schließe ich die Kollegen auch der CSU im Bildungsausschuss allesamt mit ein.

Noch etwas zu den Studienplätzen, weil es vorher angesprochen wurde. Kollege Taşdelen hat eine Frage dazu gestellt. Die Antwort des Finanzministers ist genau die richtige. Er hat es als Vermutung geäußert, aber genau so ist es. Wir haben, Grund- und Mittelschule zusammengerechnet, wesentlich mehr Studierende als im letzten Semester. Wir haben auch die zusätzlichen Studienplätze. Wir haben bei den Grundschulen die Zahl der Studienplätze in zwei Schritten erhöht. Das kostet uns alles Geld. Das sind alles gemeinsame Beschlüsse dieser Koalition, die genau das Richtige tut, nämlich das Grundschullehramt und das Mittelschullehramt stärken. Die Kapazität haben wir um 1.000 Stellen erhöht. Diese 1.000 Stellen sind bei Weitem überzeichnet. Aber es ist so – das will ich erläutern –, dass es in der Vergangenheit beim Lehramt für Grundschulen einen Numerus clausus gab. Deshalb sind viele, die gerne Lehramt für Grundschulen studiert hätten, auf das Lehramt für Mittelschulen ausgewichen. Das ist nicht mehr der Fall. Deshalb sind beim Lehramt für Mittelschulen die Zahlen zurückgegangen und beim Lehramt für Grundschulen bei Weitem mehr dazugekommen. Heute schon gibt es bei den Verbänden Überlegungen: Was ist, wenn wir in ein paar Jahren vielleicht zu viele Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer haben? – Da haben wir schon Pläne. So schnell werden es nicht zu viele. Wir können jede Lehrkraft brauchen.

Insofern gibt es eine enge Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner gerade auch im Bildungsbereich. Da mag es mal in der einen oder anderen Frage von der Ausgangssituation her einen Unterschied geben. Aber ich will das aufnehmen, was Kollege Gotthardt gesagt hat: Wir werden das in Berlin beobachten, liebe GRÜNE. Natürlich hat die Partei der GRÜNEN das große Ziel: Tempolimit 130. Da werden wir sehen, ob man es durchsetzt.

(Zurufe)

Aber wenn ihr es nicht durchsetzen könnt, werdet ihr das doch nicht als Ziel aufgeben. Insofern ist das etwas ganz Normales, dass Parteien Vorstellungen haben und diese auf kürzere, auf mittlere und auf längere Sicht miteinander in einer Koalition beraten und auch durchsetzen wollen. Genau so ist das auch bei uns.

Aber ich sage, weil wir vorhin davon gesprochen haben, ganz deutlich auch in Richtung des Kollegen Füracker: Selbstverständlich – das gilt übrigens bei allen Fachministern – kommen wir auch mal mit Wünschen nach noch mehr Finanzierungen zu ihm. Dann besprechen wir es. Ich sage das an dieser Stelle ganz deutlich: Was wir gemeinsam besprechen, was wir im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart haben, was wir in Ministerratssitzungen gemeinsam vereinbaren, dazu stehen wir auch. Dazu stehe ich auch persönlich. Die Zusammenarbeit gerade mit dem Kollegen Füracker ist zumindest aus meiner Sicht eine sehr positive. Natürlich kämpft man mal um seine Positionen. Aber das, was wir vereinbart haben, gilt und steht. Da bin ich mir auch mit dem Kollegen Fackler einig. Auch wir sprechen intensiv miteinander. Da stehe ich dazu. Ich sage es ganz deutlich: Ich akzeptiere auch jeweils die Meinung des Koalitionspartners. Das gehört zu einer Koalition, zu einer guten Zusammenarbeit. Ich bin sicher, dass wir gerade in der Bildungspolitik und in Schulfragen in dieser Koalition weiterhin gut zusammenarbeiten werden, auch wenn mal eine Sachfrage in irgendeiner Weise unterschiedlich gesehen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Taşdelen, Sie haben eine Zwischenbemerkung.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Piazzolo, Sie haben vor drei Jahren tatsächlich ein schweres Erbe angetreten. Das macht die Sache nicht leichter. Aber wir haben in den letzten Jahren zu Schuljahresbeginn immer wieder festgestellt, dass wir zu wenig Lehrerinnen und Lehrer insbesondere in Grund- und Mittelschulen haben. Sie haben immer ge-

sagt, dass wir genügend Lehrerinnen und Lehrer haben. Am Schluss war es so, dass Sie pensionierte Lehrerinnen und Lehrer angeschrieben haben, ob sie in den Schuldienst zurückkehren wollen.

Ich hoffe, dass Ihr Versprechen diesmal auch eingehalten wird und dass wir nächstes Jahr nicht darüber diskutieren müssen, wieder über 1.000 Lehrerinnen und Lehrer zu wenig zu haben. Herr Füracker hat es jetzt erfreulicherweise angekündigt: Sie können den Lehrerinnen und Lehrern in Aussicht stellen, dass Herr Füracker die Steuern senken wird und dadurch Mehreinnahmen haben wird und die Lehrerinnen und Lehrer zukünftig nach E 13 und A 13 bezahlt werden.

(Zurufe)

– Hat er gesagt! Das hat er gesagt!

(Weitere Zurufe)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Taşdelen, Sie werden mich, auch wenn Sie mich locken, nicht verleiten können, die Zeit vor meiner Verantwortung im Kultusministerium schlechtzureden. Das werde ich nicht tun. Das habe ich nicht mal in der Opposition getan. Man kann Politik natürlich in jedem Fachbereich kritisieren und man kann alles immer besser machen, aber man sollte immer vergleichen: Wir haben in Bayern ein hervorragendes Schulsystem, gerade auch im Vergleich zu den Bundesländern, wo Ihre Partei die Verantwortung hat – das sage ich ganz deutlich –, und das schon seit vielen Jahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In Vergleichsstudien ist Bayern nicht umsonst immer in der Spitzengruppe. Wir können das auf alle Fälle immer noch besser machen. Das ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe und natürlich meine Aufgabe in meiner Verantwortung.

Ich will zu unserer Unterrichtsversorgung und zu unseren Lehrern deutlich sagen: Man kann immer sagen, wir haben zu wenig Lehrer. Das kann man immer sagen. Es gibt keinen Kultusminister, sicherlich auch keinen vor mir, der sich nicht gerne so viele Lehrerstellen wie möglich an Land zieht. Das ist diesem Finanzminister so gegangen, dass der Kultusminister darum kämpft. Das ist dem vorherigen Finanzminister in einer Alleinregierung der CSU so gegangen. Das ist dem Finanzminister davor so gegangen. Das ist normal. Nur: Wenn Sie sich die Fakten anschauen, dann stellen Sie fest, es ist in Bayern, was unsere Lehrerinnen und Lehrer anbetrifft, so, dass wir deutlich über 90 %, ungefähr 93 %, beamtete Lehrerinnen und Lehrer haben, dass wir, die Angestellten dazugerechnet, beinahe 100 % Lehrkräfte haben, die zwei Staatsexamen haben. Das ist ein hoher Anspruch. Wenn ich das mit Berlin vergleiche, wo bei den Neueinstellungen jetzt 60 %, mehr als die Hälfte, überhaupt kein Lehramt studiert haben,

(Zuruf)

dann sind das Welten, die dazwischenliegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dann verwehre ich mich im Namen dieser Koalition gegen eine solche Pauschalkritik. Das muss ich einfach deutlich sagen.

Auch den letzten Satz sage ich ganz deutlich: Ich bin stolz auf die hohe Qualität, die unsere Lehrkräfte in Bayern haben und die sie tagtäglich beweisen, gerade auch in den schwierigen Corona-Zeiten. Sie leisten unabhängig vom Honorar – ich verstehe jeden Grund- und Mittelschullehrer, der sich mehr wünscht – eine hervorragende Arbeit. Deshalb mein Dank hier im Namen dieser gesamten Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir haben zwei namentliche Abstim-

mungen. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, die ganz normal mit Handaufheben durchgeführt wird.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/18344 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Wer ist dagegen? – Die FREIEN WÄHLER, die CSU und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Die Fraktion der AfD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18258. Nehmen Sie bitte Ihr Abstimmungsgerät zur Hand. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit, diese Abstimmung durchzuführen. Die Abstimmungszeit beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16:00 bis 16:03 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich werde das Ergebnis später bekannt geben.

Ich rufe nun den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18345 auf. Ich eröffne auch hier die namentliche Abstimmung. Die Abstimmung beginnt jetzt. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. – Falls das Abstimmungsgerät nicht funktioniert, dann bitte ich Sie, nach vorne zu kommen. Anscheinend funktioniert es dann beim zweiten oder dritten Mal.

(Namentliche Abstimmung von 16:03 bis 16:05 Uhr)

Ich sehe keine Hinweise, dass diese Abstimmung nicht gelungen wäre. Ich schließe damit die Abstimmung und werde das Ergebnis ebenfalls später bekannt geben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger und anderer und Fraktion (BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "A 13 für alle – Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich angemessen bezahlen", Drucksache 18/18258, bekannt. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15 Abgeordnete. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt kommt noch die Bekanntgabe des Ergebnisses des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Es ist höchste Zeit: Einheitliches Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen!", Drucksache 18/18345: Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 75 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.10.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; A 13 für alle - Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich angemessen bezahlen (Drucksache 18/18258)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adje Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Köhler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	46	81	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.10.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Tasdelen, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD; Es ist höchste Zeit: Einheitliches Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen! (Drucksache 18/18345)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adje Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Köhler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	46	75	15